

»Recht und Gerechtigkeit« auf der politischen Bühne. Die gegenwärtige Situation in Polen und ihre Genese

Von Janusz A. Majcherek

Instabile Parteienlandschaft

Das Gefühl der Benachteiligung und Enttäuschung, verbunden mit starkem Misstrauen und Argwohn macht die politische Strukturierung der [polnischen] Gesellschaft unmöglich und im Ergebnis auch die des Parteiensystems und der Machtstrukturen. Die Polen vertrauen den Politikern, Parteien und politischen Institutionen nicht, was im Übrigen seine Genese in der kommunistischen Vergangenheit hat, aber auch in der Zeit der Okkupation und sogar der Teilungen, die eine misstrauische Haltung gegenüber den Machthabern beeinflusste. Die polnische Wählerschaft ist instabil, labil, fließend, sie treibt in großen Wellen von einem Ufer zum anderen (»Pendeleffekt«). Seit 1989 behauptete keine Partei länger als eine Legislaturperiode ihre Regierungsposition, nach ihrem Ablauf (und manchmal noch davor) war sie nicht nur ihrer Macht entledigt, sondern häufig auch der Unterstützung, die ihre weitere Existenz ermöglicht hätte. Viele Parteien verschwanden vollständig von der politischen Bühne. Die beiden gegenwärtig größten entstanden erst vor kurzer Zeit, nämlich vor den vorletzten Wahlen 2001. Indem sie ihre Parteien verändern und zu anderen wechseln, flüchten die Politiker vor dem schnellen Vertrauensverlust und passen sich den Stimmungen und Erwartungen der Wähler an, die mitleidlos gegenüber den Regierenden sind, gern völlig neue, »saubere« Gruppierungen unterstützen, versessen auf neue Versprechungen und auf Veränderungen. Diese Parteimetamorphosen vertiefen die Instabilität und Desorientierung der Bürger. In Verbindung mit dem Misstrauen, dem Gefühl der Benachteiligung und Enttäuschung bewirkt dies eine sehr niedrige Wahlbeteiligung (niedriger als 50 Prozent) sowie eine geringe Wertschätzung der politischen Institutionen und des Berufsstands des Politikers. Das begünstigt die Erwartungshaltung nach Erneuerung des gesellschaftlich-politischen Lebens.

Die gesellschaftlichen Frustrationen und Forderungen nutzte die reformierte postkommunistische Linke in der Regierung von 1993 – 1997 und 2001 – 2005 geschickt aus. Im Verlauf ihrer zweiten Regierungszeit verstrickte sie sich jedoch in zahlreiche Skandale und Korruptionsaffären, die sie kompromittierten. Ein Teil des Post-Solidarność-Milieus betrachtete dies nicht nur als Degeneration einer konkreten politischen Formation, sondern auch des postkommunistischen Systems, in dem diese Missstände möglich waren. Das bedeutete die politische Konjunktur für eine konservative und antikommunistische Partei (»Pendeleffekt«), die fordernd und einklagend auftrat (und in dieser Hinsicht die Linke ersetzte), die bisherigen Strukturen anfocht, in keinerlei Ränke verstrickt war und mit ihrer Ehrlichkeit in Erstaunen versetzte. Eine solche Partei stand bereit: Sie nennt sich »Recht und Gerechtigkeit« (»Prawo i Sprawiedliwość«/PiS) und

ist ein weiteres politisches Experiment der Zwillingbrüder Jarosław und Lech Kaczyński, die der Solidarność-Bewegung entstammen, von der die beiden unterstützt wurden. Im Programm verbindet diese Partei – ihrem Namen gemäß – die Versprechen »die Ordnung wiederherzustellen« und »gerechter zu verteilen«. Ihre Funktionsträger hatten immer das Gefühl erlittenen Unrechts aufgrund der lang anhaltenden politischen Marginalisierung, wofür sie Geheimdienste und geheime Mächte verantwortlich machten, die – so heißt es – sie hinterlistig bekämpfen. In einer die Parole der »moralischen Erneuerung« begünstigenden Atmosphäre gewannen sie [2005] die Parlamentswahlen, d.h. sie wurden mit 27 % der Stimmen stärkste Partei im Parlament. (Die mangelnde politische Strukturiertheit der polnischen Gesellschaft verursacht eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, daher konnte keine Partei seit 1989 allein regieren.)

»Recht und Gerechtigkeit« auf der Suche nach Verbündeten und Gegnern

Nach den Wahlen zeigte sich, dass die Brüder Kaczyński und ihre Mitarbeiter die von vielen erwarteten Eigenschaften im Übermaß besitzen. Ihr Misstrauen und Argwohn führten sofort zu einer Abkühlung der Außenkontakte, vor allem mit Deutschland und Russland. Gegenüber beiden Nachbarn begann man, historisches Unrecht und Forderungen zur Sprache zu bringen und Initiativen beider Länder als verdächtig zu behandeln. (Leider gab der gerade vorher geschlossene deutsch-russische Vertrag über eine Gaspipeline, die – zumindest was die russischen Absichten betrifft – Polen gewollt umgeht, den Vorwand zu derartigen Verdächtigungen.) Das Programm der »Geschichtspolitik« trägt dazu bei: Formuliert von Ideologen, die den Kaczyńskis wohlwollend gegenüberstehen, bezeichnet es das Herbeirufen und Ausnutzen historischer Ereignisse als politische Argumente sowie als Faktoren der inneren Konsolidierung der nationalen Gemeinschaft. Geschichte, Tradition und Vergangenheit erhielten dementsprechend große Bedeutung, obgleich die Brüder Kaczyński ideologisch keine Erben einer konkreten politischen Tradition sind, sondern aus verschiedenen Quellen, vor allem aus der Zwischenkriegszeit, schöpfen.

Misstrauen und Argwohn fanden ihren Widerhall auch in der Innenpolitik. Das Fehlen der absoluten Mehrheit zwang »Recht und Gerechtigkeit«, Koalitionspartner zu finden. Natürlicher Kandidat für Verhandlungen schien die liberal-konservative Partei »Bürgerplattform« (»Platforma Obywatelska«) mit 24 % der Stimmen zu sein. Es zeigte sich, dass für die Brüder Kaczyński – als Radikale – ein Partner, der nur gemäßigt kritisch der Entwicklung seit 1990 gegenüber steht, im Grunde deren Verteidiger, also ein Verräter ist. Das Fiasko der Koalitionsverhandlungen för-

derte die gleich nach den Wahlen stattfindende Präsidentschaftswahlkampagne. [...] Die potentiellen Koalitionspartner stellten jeweils ihre Kandidaten auf (für »Recht und Gerechtigkeit« Lech Kaczyński), wobei ihre Rivalität brutale Züge annahm: Den größten Skandal und Abscheu rief hervor, dass dem Großvater von Donald Tusk, Kandidat der »Bürgerplattform«, der aus einer seit Generationen in Danzig lebenden kaschubischen Familie stammt, sein – eindeutig erzwungener – Dienst in der Wehrmacht vorgeworfen wurde. In einer Atmosphäre, die fortwährend die Gewinner der soeben stattgefundenen Parlamentswahlen begünstigte, gewann Lech Kaczyński. Der Fehlschlag einer PO-PiS-Koalition schlug in offene Feindschaft um, die bis heute andauert.

Die Kaczyńskis fanden sich in der Isolation und beschlossen, sich den Nationalisten der »Liga der Polnischen Familien« (»Liga Polskich Rodzin«/ LPR) und den Populisten der »Selbstverteidigung« (»Samoobrona«/SO) zuzuwenden, zwei Protest- und Antisystem-Parteien, was in den Augen der Kaczyńskis ein Vorteil war (vorher hatten sie an ihnen herumgekrittelt). Die Beziehung zu SO und LPR, gekennzeichnet von Misstrauen und Argwohn, ist unruhig und unvorhersehbar, sie wurde bereits aufgelöst und erneut zusammengefügt; die Wahrscheinlichkeit, dass sie bis zum Ende der Legislaturperiode dauern wird, ist gering.

Übereinstimmend mit der Verschwörungstheorie wurden die militärischen und zivilen Geheimdienste das erste Ziel der Veränderungen. Die Auseinandersetzung mit ihnen absorbierte den größeren Teil der bisherigen Initiativen des Regierungslagers. Ein zweites Feuer wurde auf die Welt der Verbrecher, Gangster und andere in Affären Verwickelte gerichtet sowie auf ihre wirklichen oder vermuteten politischen Verbindungen. Dekommunisierung, Dekonspiration der Geheimdienste vor und nach 1989, Abrechnung mit den an Affären Beteiligten und deren Bestrafung – diese Themen werden in der Regierungspropaganda am häufigsten berührt. Auch auf der Leitungsebene der staatlichen Medien wurden Veränderungen vorgenommen, wobei die Journalisten ein Gegenstand ständiger Beschuldigungen und Verdächtigungen sind, da unter ihnen eine kritische Haltung gegenüber den Kaczyński-Brüdern vorherrscht. Die Besetzung anderer Institutionen wurde ebenfalls ausgetauscht, wenn auch zum Teil aufgrund regulärer Neubesetzungen, so z. B. im Verfassungsgericht, über das Jarosław Kaczyński bissig äußerte, es blockiere radikale Veränderungen. In Kürze wird der Posten des Präsidenten der Zentralbank neu besetzt. Ihr gegenwärtiger Chef Leszek Balcerowicz, der Begründer der polnischen Wirtschaftstransformation, ist eine negative Figur in der Propaganda des Regierungslagers und wird nach Ablauf seiner regulären Dienstzeit das Amt abgeben.

»Solidarisches Polen«: Konservativ, katholisch, antielitär, idealistisch

Die Ideologie der Kaczyńskis und ihrer Umgebung ist konservativ und katholisch, aber auch deklarativ modernisierend. Ökonomisch-technologische Modernität will sie mit kulturellem Traditionalismus verbinden. Als Muster gelten Bayern und die CSU mit dem Slogan »Laptop und Lederhose«. (Ein Publizist formulierte die polnische Version: »Marienkult und Autobahnen«.) Der strategische Plan Jarosław Kaczyńskis (er ist der Hauptstrategie, sein Bruder bleibt in seinem Schatten) ist es, eine breit angelegte rechte Partei nach dem Muster der CSU zu schaffen und ihr, wie in Bayern, über viele Jahre die Regierung zu sichern. Zu diesem Ziel wird danach gestrebt, andere rechte Parteien durch Koketterie oder Abschöpfen ihrer Wählerschaft auszuschalten. Daher

werden auch die ultrakatholischen Fundamentalisten umschmeichelt, die sich unter der Ägide des integristischen »Radio Maryja« und seines ebenso charismatischen wie fanatischen Direktors Pater Rydzyk gruppieren. [...]

Die gesellschaftliche Basis der Kaczyński-Partei und ihrer Koalitionspartner ist die traditionelle und konservative ländliche Region, wo 38 % der Einwohner Polens leben (obwohl nur ein kleiner Teil von der Landwirtschaft lebt, hat das ländliche Milieu einen starken kulturellen Einfluss), die Provinz im weiteren Sinne, Ältere und schlechter Ausgebildete. Unterfüttert ist dies mit Resentiments und Neid gegenüber den Transformationsgewinnern. Damit verbunden ist eine starke antielitäre Haltung (obwohl beide Kaczyńskis gut ausgebildet sind: einer ist sogar Professor, der andere hat den Dokortitel). Gern finden sich also auch wenig geschätzte Intellektuelle, unveröffentlichte Publizisten, verkannte und unerfüllte Künstler und andere Enttäuschte darin wieder und suchen neue Chancen und Möglichkeiten. In gewissem Sinne ist dies eine Bewegung eines gesellschaftlichen Aufstands, dem im Wahlkampf der Name »solidarisches Polen« gegeben wurde – im Gegensatz zum »liberalen Polen«, d.h. dem ungerechten, unmoralischen und unmenschlichen. Die politischen Ziele dieser aufbegehrenden Bewegung werden symbolisch im Aufbau einer neuen, IV. Republik dargestellt, die mit der III. Republik bricht, die als System charakterisiert wird, das durch Korruption, pathologische Erscheinungen und Kriminalität gekennzeichnet ist. [...]

Zukunftsperspektive?

Die langfristigen politischen Perspektiven sind unklar, denn obwohl die oppositionelle »Bürgerplattform« ein wachsendes Übergewicht gegenüber »Recht und Gerechtigkeit« in Meinungsumfragen notiert (»Pendeleffekt«), hat sie keine großen Chancen auf eine selbständige Mehrheit. Der potentielle Koalitionspartner der »Bürgerplattform« ist die Linke, aber die Propaganda des Regierungslagers stellt diese Variante als Bedrohung dar (die kompromittierten Postkommunisten wieder an der Macht). Nach den nächsten Parlamentswahlen, die vorzeitig stattfinden könnten, ist eine politische Sackgasse nicht ausgeschlossen, die sich auch schon nach den letzten Wahlen zeigte. Umso mehr, als die Amtszeit von Präsident Lech Kaczyński noch vier Jahre dauern wird und bereits Signale auftauchten, dass er im Falle einer Regierungsübernahme durch die »Bürgerplattform« ihre Regierung sabotieren wird, was die derzeitigen politischen Konflikte und Antagonismen in die Zukunft überführen würde.

Aus dem Polnischen von Silke Plate.

Der vollständige Text wurde in der Ausgabe 1 der »Polen-Analysen« vom 21. November 2006 veröffentlicht (www.polen-analysen.de). Der neue E-Mail-Dienst wird gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt und der Bremer Forschungsstelle Osteuropa mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. herausgegeben. Er erscheint zweimal im Monat mit Kurzanalysen zu aktuellen Themen der polnischen Innen-, Gesellschafts-, Kultur-, Wirtschafts- und Außenpolitik, ergänzt um Tabellen, Graphiken und eine Chronik der politischen Ereignisse. Bestellungen unter polen-analysen@dpi-da.de